

Bildung in Deutschland 2018

Zum siebten Mal legt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung mit dem nationalen Bildungsbericht eine umfassende empirische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems vor. Sie reicht von der frühen Bildung bis zu Hochschul- und Weiterbildung und schließt nach Möglichkeit auch non-formales und informelles Lernen ein. Der diesjährige Schwerpunkt behandelt „Wirkungen und Erträge von Bildung“, beispielweise die Fragestellung, wie sich Abschlüsse auf Berufschancen auswirken oder wie der Bildungsgrad mit dem Wahlverhalten korreliert.

Wir fassen einige Ergebnisse zusammen, insbesondere jene, die einen Bezug zu Hessen haben. Darüber hinaus verlinken wir unten auf die Zusammenfassung sowie die Langform des Berichts. Die ausführliche Fassung des Bildungsberichts enthält einen Anhang mit nach Bundesländern differenzierten Tabellen. Ihnen können weitere Ergebnisse der Untersuchung entnommen werden.

Bildung und Standort bedingen sich gegenseitig

Insbesondere in den Regionen werden vermehrt Ungleichheiten bzw. Disparitäten festgestellt. Dies betrifft alle Bildungsphasen, wird aber bei den Schulen besonders sichtbar. So ist bereits seit über 10 Jahren aufgrund des demografischen Wandels eine kontinuierliche Abnahme der Schülerzahlen in ländlichen Gebieten zu verzeichnen. Diese Entwicklung hatte vielerorts Schulschließungen zur Folge. An dieser Stelle warnen die Forscher vor einem Teufelskreis: „Die unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven bieten letztlich Standortvorteile oder -nachteile. Sie haben Folgeeffekte für die Attraktivität der Regionen als Wohn- und Arbeitsort und können zu einer weiteren Zu- oder Abwanderung führen.“ (s. S.15). Gleichzeitig deuten die steigende Geburtenrate sowie die vermehrte Zuwanderung der letzten drei Jahre eine Trendwende in der Nachfrage an früher Bildung und Schulbildung an (vgl. Tab. B1-1A, S. 264; **B1-2**, [Tab. B1-11web](#), [Tab. B1-12web](#), S. 45.).

Risikolagen: sozial, finanziell und bildungsbezogen

Die Analyse der familialen Lebensformen zeigt, dass in Hessen, wie auch in Bremen und Schleswig-Holstein, die finanzielle Risikolage der unter 18-Jährigen gegenüber 2011 gestiegen ist; davon betroffen sind vor allem Familien oder Alleinerziehende mit mehreren Kindern (s. S. 37). Problematisch ist dieser Befund auch deswegen, weil zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb in Deutschland ein relativ enger Zusammenhang besteht. Die Reduzierung der Risikolagen stellt demnach eine zentrale Herausforderung für die Gesellschaft und das Bildungssystem dar. Dies betrifft insbesondere das Thema Kinderarmut und hier speziell die Kinder von Alleinerziehenden, jenen mit Migrationshintergrund und aus kinderreichen Familien.



Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung

Die Akzentuierung der ersten Lebensjahre als Bildungszeit und der Ausbau der Kindertagesbetreuung haben der frühen Bildung ein neues Gewicht verliehen. Im Unterschied zur Schule ist Kindertagesbetreuung für Familien nicht generell kostenfrei. Die erhobenen Elternbeiträge decken einen Teil der Gesamtausgaben für Kindertagesbetreuung ab. Allerdings unterscheidet sich die Kostendeckung zwischen den Kommunen zum Teil erheblich. Dies hängt unter anderem mit den verschiedenen Regelungen in den Ländern bei der Festlegung der Elternbeiträge zusammen. Hessen regelt in § 32c HKJGB die Beitragsbefreiung oder-ermäßigung im letzten Kindergartenjahr bei einem mindestens fünfstündigen Besuch (s. S. 282). Die Autorengruppe weist trotz Erfolge beim Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten darauf hin, dass diese sowie der zeitliche Betreuungsumfang aufgrund zu erwartender demografischer Veränderungen weiter vorangetrieben werden sollten. Einen Anfang macht das Bundesland Hessen ab dem 1. August 2018, wenn zunächst sechs Stunden am Tag der Kinderbetreuung für Eltern kostenfrei werden.

Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischer Förderung

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden die Bemühungen in den Ländern intensiviert, sonderpädagogische Förderung stärker in den allgemeinen Schulen zu verankern. In den Ländern vollzieht sich der schrittweise Ausbau von gemeinsamem Unterricht in unterschiedlichem Tempo. Auch differieren die Feststellungs- und Klassifizierungsverfahren der Länder: während Hessen eine Quote von 5,6% sonderpädagogisch geförderten Schülerinnen und Schülern aufweist, liegt diese in Mecklenburg-Vorpommern bei 9,8%. Hinzu kommen Unterschiede bei der Verteilung der Kinder auf Förderschulen und sonstige allgemeinbildende Schulen. So werden in Hessen von den Kindern mit Sonderpädagogikbedarf 1,5% an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Bundesweit sind dies vor allem Gesamt- und Hauptschulen. Eine Abbildung im nationalen Bildungsbericht visualisiert nach Kreisen und Ländern den Anteil der allgemeinbildenden Schulen, die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung 2016/17 unterrichteten (S. 106).

Ausbildungsplätze und ihre Nachfrage

Neben der demografischen Entwicklung sorgt auch das allgemeine Streben nach höheren Bildungsabschlüssen für einen teils sehr unausgeglichene Ausbildungsmarkt. So sind auf der einen Seite zu wenige Ausbildungsplätze besetzt – die unbesetzten Stellen sind seit 2015 um 7% gestiegen, auf der anderen Seite warten aber zu viele Schulentlassene vergebens auf einen Ausbildungsplatz – weiterhin bleiben 13% der Suchenden chancenlos. Der Bildungsbericht vermerkt hier ein starkes Süd-Nord-Gefälle für Gesamtdeutschland. Dass die Gründe für diese Disparität nicht unbedingt in der wirtschaftlichen Stärke der Länder zu suchen sind, machen die Autoren u.a. an Hessen fest. Hier stehen in den meisten Arbeitsagenturbezirken 5-10% unbesetzte Ausbildungsstellen 15-20% erfolglosen Ausbildungsplatznachfragenden gegenüber (s. S. 134). Offenkundig passten Angebot und Nachfrage nur unzureichend zueinander, so der Bericht.

Nutzen von Weiterbildung

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das Interesse an Weiterbildung bundesweit seit 2012 stagniert, jede zweite Person lässt sich weiterbilden. Von allgemeinem, nicht nach Bundesländern differenziertem Interesse ist der Abschnitt über den Nutzen von Weiterbildung. Die im Nationalen Bildungspanel befragten Teilnehmenden an öffentlich geförderter Weiterbildung schrieben den größten inhaltlichen Ertrag („Neues gelernt“) Kursen zu, die von der Volkshochschule angeboten wurden; diese Beurteilung steht, worauf die Autorengruppe verweist, mit dem positiven Effekt der privaten Motivation in einem Zusammenhang (S. 187).

Für den nationalen Bildungsbericht werden unterschiedliche Studien und Statistiken ausgewertet. An ihm arbeiten verschiedene Wissenschaftler aus diversen Organisationen. Federführend ist das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), außerdem beteiligt sind das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (dzhw) und die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Gefördert wird der Bericht von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Zu finden ist der nationale Bildungsbericht 2018 sowie eine 20-seitige Zusammenfassung unter <https://www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht>